

SID Chapter Bonn in Zusammenarbeit mit IPON

**Nachlese zum 13. Gespräch mit der Praxis**

Montag, den 23.04.2012, 18:00 Uhr



## **Bedrohung und Schutz von Menschenrechtsverteidigern am Beispiel von Aktivitäten in zwei Provinzen auf den Philippinen**

mit

Christoph Schlegel, Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen

Danilo Gaban, Aktivist für Landrechte, Negros,

Jessielyn Colegado, Aktivistin für indigene Rechte, Mindanao,

Anne Lanfer, Projektkoordinatorin – IPON

### **Einleitung**

Seit dem Sturz von Marcos Diktatur im Jahr 1986 hat die Zahl der politischen Morde auf den Philippinen nicht abgenommen; diese Gewaltform hat sich vielmehr als ein Mittel des Machterhalts der elitären Familienclans etabliert. Die Situation im Land ist nach wie vor gezeichnet von massiven Menschenrechtsverstößen und einem Klima ungesühnter Gewalttaten; diese sind teilweise durch den Staat initiiert. Für die politischen Machthaber der Philippinen sind besonders zwei Gruppen gefährlich: Journalisten und politische Bewegungen bzw. Vereinigungen, die auf fundamentale Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen hinarbeiten. Gegen diese Gruppen richtet sich die Großzahl politischer Morde, denen in den letzten Jahren mehrere hundert Menschen zum Opfer gefallen sind. Menschenrechtsaktivisten in den Philippinen haben es daher besonders schwer ihre Anliegen ohne die Gefährdung der eigenen Sicherheit und die von Anderen zu vertreten.

Die deutsche Nichtregierungsorganisation International Peace Observers Network (IPON) adressiert seit 2006 mit dem Ansatz der internationalen Menschenrechtsbeobachtung genau diese Art der politischen Gewalt und Repression in verschiedenen Konfliktregionen der Philippinen, derzeit in Negros Occidental und Bukidnon, Mindanao. IPON dokumentiert die Menschenrechtssituation in den Projektgebieten, arbeitet mit lokalen MenschenrechtsverteidigerInnen zusammen und versucht diese durch Präsenz, Begleitung und internationalen Druck in ihrer Arbeit zu schützen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Teilweise dem SID-Einführungstext von IPON entnommen. Weitere Informationen unter: [www.ipon-philippines.org](http://www.ipon-philippines.org).

## **I Einführung**

**Christoph Schlegel**, Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen, 'Philippinenbüro', Essen:

*„Menschenrechte in den Philippinen“*

Christoph Schlegel leitet den Abend ein und geht dabei zunächst auf die Polizeiarbeit ein. Die prekäre Situation in dem Staat, in dem zahllose Menschen Opfer politischer Gewalttaten werden, verschleppt und gefoltert werden und Verbrechen dieser Art von der Regierung nicht gesühnt, sondern eher gefördert werden, ist strukturell angelegt. Zwei Drittel dieser Verbrechen werden von unidentifizierbaren bewaffneten Männern ausgeführt, gefolgt von Militär und Armee (19%) und der Polizei (9%). In diesem ‚Klima der Straflosigkeit‘ wundert die Aufklärungsquote von lediglich 1,39% nicht. Die geringe Verurteilungsrate ist auf den Regierungsapparat zurückzuführen und Resultat einer ineffizienten, korrupten und politisch autoritären Staatsführung. Auch die zahlreichen als positiv zu bewertenden Reformansätze erzielen keine wesentlichen Veränderungen, die aber dringend herbei geführt werden müssten, um Menschen auch faktisch vor politischer Verfolgung schützen zu können.

## **II Erfahrungsberichte**

Im folgenden Teil werden Erfahrungsberichte philippinischer MenschenrechtsaktivistInnen vorgestellt, welche seit vielen Jahren für die erfolgreiche Umsetzung der Landreform und die Rückverteilung von Ahnenländern kämpfen. Kleinbauern und indigene Gruppen kämpfen dabei für die Rückgewinnung von Ländereien, die durch Großgrundbesitzer gehalten werden oder/und von denen ihre Ahnen einst enteignet wurden. Die Umsetzung dieser Reformbemühungen verläuft allerdings mehr als schleppend.

**Jessielyn Colegado**, Aktivistin für indigene Rechte, Mindanao

Der erste Erfahrungsbericht wird von Jessielyn Colegado gegeben, die aus ihrer Heimatregion, der Insel Mindanao, berichtet. Im Jahr 2004 schloss sie sich mit anderen zu der Gruppe „Panalsalan Dagumbaan Tribal Association“ (PADATA) zusammen, um für die Rechte indigener Bevölkerung in den Philippinen zu kämpfen. Sie ist Vize-Präsidentin von PADATA. Bei einem monatlichen Treffen besprechen die Mitglieder von PADATA die problematische Zuteilung von Land-Rechten an die indigene Bevölkerung. Diese wurde im Zuge der Kolonialisierung und darüber hinaus systematisch enteignet. Großgrundbesitzer und dem Staat nahe stehende Eigentümer sind dabei die Kontrahenten und der Staat nimmt eine ambivalente Rolle ein: Zwar sind Gesetze, welche die indigene Bevölkerung in ihrem Anspruch auf das Land bestärken sollen, erlassen worden, etwa das Indigenengesetz von 1997 (Indigenous Peoples Rights Act), doch erweist sich die Umsetzung als höchst konfliktreich. Rückforderungen und die Vergabe von Eigentumszertifikaten erweisen sich als problematisch – und politisiert. Die Mitglieder der Organisation werden erpresst und belästigt bis hin zu Todesdrohungen. Die Schikanen erreichten ihren Höhepunkt im Jahr 2011 mit dem

Mord an PADATA-Mitglied Welcie Gica durch Schergen des Großgrundbesitzers. Als Sprachrohr für die betroffenen Menschen kommuniziert PADATA mit der Polizei und der Regierung. Kollektive Aktionen in der Öffentlichkeit, z.B. vor Regierungsgebäuden, sind Teil ihres Protestes.

**Danilo Gaban**, Projektkoordinator für die Insel Negros von der Task Force Mapalad (TFM), Negros

Auch Danilo Gaban von der Insel Negros macht ähnliche Erfahrungen. Als Aktivist bei Task Force Mapalad (TFM) setzt er sich für die notwendige Agrarreform ein, welche die Besitzverhältnisse in den Philippinen neu regeln soll – unter Einbezug der Landrechte der indigenen Bevölkerung. Es erweist sich als enorm schwierig diese Agrarreform umzusetzen, da die relevanten Landstücke (*haciendas*) teilweise von großen regierungsnahen Unternehmern besessen werden. TFM setzt sich ein dieses ‚Recht auf Land‘ einzuklagen und damit nicht nur die Menschenrechts-, sondern auch die Ernährungssituation dieser Gruppen zu verbessern. Sie verstehen sich als Aktivisten, die gewaltfrei durch Streiks, Protestmärsche, die Bereitstellung von Anwälten u.s.w. sich für ihre Vorstellung von Gerechtigkeit einsetzen. Die Mitglieder von TFM ebenso wie die von PADATA werden politisch verfolgt. In der Hoffnung, dass die deutsche Bundesregierung durch Druck auf die philippinische Regierung eine Verbesserung der rechtlichen Situation herbeiführen kann, stellt er, wie auch Jessielyn Colgado, seine Organisation und seine Arbeit zurzeit in Deutschland Politikern als auch der Zivilgesellschaft vor.

**Anne Lanfer**, Projektkoordinatorin – IPON

Die dritte Präsentation des Abends wird von Anne Lanfer gehalten, einer Mitbegründerin von IPON (International Peace Observer Network). Sie klärt in ihrem Vortrag zunächst die Fragen nach der Bestimmung und Aufgabe von MenschenrechtsverteidigerInnen. Es handelt sich dabei laut IPON um ‚Individuen oder Gruppen, die den Schutz und die Unterstützung der Menschenrechte auf nationaler und internationaler Ebene fördern.<sup>2</sup> IPON setzt sich dabei insbesondere für Aktivisten auf der lokalen Ebene ein. Die Mitglieder von PADATA und TFM sind Beispiele dafür. IPON konzentriert sich vor allem auf die Beobachtung der politischen Situation und verfasst Menschenrechtsberichte. Die ideelle Basis stellt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen sowie weitere Pakte über Bürger-, soziale, politische und kulturelle Rechte dar. Als Grundprinzipien der Arbeit von IPON werden die Nicht-Einmischung im Konfliktfall, die Parteinahme nur für Menschenrechte, die Fokussierung auf Staats-Aktivitäten (nicht die Gewaltparteien), eigene Gewaltfreiheit

---

<sup>2</sup> Am 9. Dezember 1998 haben die Vereinten Nationen eine Erklärung zu MenschenrechtsverteidigerInnen verabschiedet, um den Schutz derselben besser verteidigen zu können: *Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms*.

Internetlink:

<http://www.unhchr.ch/huridocda/huridoca.nsf/%28symbol%29/a.res.53.144.en>

sowie das Handeln nur auf Aufforderung betrachtet. Die alltägliche Arbeit von IPON liegt dabei in der Informationsbeschaffung und dem kontinuierlichen Dialog mit staatlichen Akteuren. Es wird angenommen, dass die Präsenz vor Ort, die Begleitung von politischen Aktionen der oben genannten Organisationen, die genaue Beobachtung und unabhängige Informationsweitergabe die besten anwendbaren Mittel zur Unterstützung der Arbeit von Menschenrechtsverteidigern sind. Im Fokus stehen dabei die staatlichen Akteure in den Philippinen. Auf sie wird Druck ausgeübt, damit sie ihrer Pflicht, MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen, besser nachkommen. Dass dabei Erklärungsbedarf hinsichtlich der konkreten Umsetzung besteht, zeigte die Diskussion im Anschluss.

### **III Diskussion**

In der Diskussion wurde zunächst die Frage aufgeworfen, welche Rolle der (katholischen) Kirche zuzurechnen sei und ob religiös motivierte Unterstützung philippinischer MenschenrechtsaktivistInnen unabhängig von der Konfession der zu Helfenden abliefe – dies wurde bejaht. Insgesamt wurde dargelegt, dass das Engagement kirchlicher Vereinigungen groß sei. An IPON wurde als erstes die Frage nach ‚Ergebnissen‘ gestellt; ob die ‚hoch angesetzten‘ Ziele eine Entsprechung in der konkreten Arbeit fänden. Dies wurde dadurch relativiert, dass zunächst einmal der Blick auf ihr Mandat gelenkt wurde: Als Organisation werden sie hinzugerufen und in einem der am Abend besprochenen Fällen, erst seit vier Monaten aktiv. Darüber hinaus könne ein Ergebnis-Abgleich nur schwerlich erfolgen, da die Arbeit von IPON indirekt erfolgt. Ihr Anliegen sei es, die Partnerorganisationen in ihrer Arbeit und auf Anfrage zu unterstützen. Sich selbst positive Veränderungen ‚auf die Fahnen zu schreiben‘ sei demnach kaum möglich und auch nicht erwünscht. Dennoch wurde auch ein Beispielfall vorgestellt, in dem es IPON gelungen sei einen unaufgeklärten Mordfall in Zusammenhang mit Landkonflikten auf die Agenda einer Mission der Europäischen Kommission zu bringen. In diesem Fall habe allein die Anwesenheit von IPON-Mitarbeitern den Ausschlag zur Informationsweitergabe gegeben. Es wurde aber eingeräumt, dass eine gewisse Frustrationstoleranz notwendig sei. Der gesamtgesellschaftliche Blick von IPON und das Ziel auf eine gesellschaftliche Veränderung hinzuwirken bedinge die relative Unüberschaubarkeit und Nicht-Planbarkeit von Veränderungen, die nicht immer auf einen einzigen Faktor zurückführbar sind. Auch, so die Antwort auf eine Nachfrage, habe sich etwa die Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei verbessert, wodurch Veränderungen ebenfalls in Gang gebracht würden. Auf die kritische Hinterfragung, ob dies auf IPON selbst oder ein möglicherweise gestiegenes Selbstbewusstsein der Bevölkerung aufgrund der Unterstützung durch IPON zurückführbar sei, wurde erwidert, dass sicherlich die Anwesenheit internationaler Gruppen zu einer erhöhten Aufmerksamkeit führe. Ähnlich wie die erste Frage könne in solchen Fällen nicht immer eine klare Antwort gegeben werden.

Zur Organisation und Personalstruktur von IPON wurden weitere Fragen gestellt. Die Regel, dass die Mitarbeiter (Freiwillige) nur für sechs Monate vor Ort sind, wurde kritisch

hinterfragt. Dem konnte Frau Lanfer entgegen, dass sowohl eine intensive Vorbereitung voraus ginge, eine systematische zeitliche Überschneidung der Teams vor Ort sowie eine Nachbereitung in Deutschland stattfinde. Eine ‚ausgefeilte‘ Dokumentation der Arbeit vor Ort sei ein weiterer Faktor eine gründliche und nachhaltige Arbeit von IPON zu gewährleisten.

Auch die Kooperation von IPON mit anderen NGOs war für das Publikum von Interesse. Die Arbeit zeichne sich aus durch Netzwerkaktivitäten vor Ort, dem Besuch von Veranstaltungen von z.B. Amnesty International und der Tatsache, dass ‚man sich kenne‘.

Ein weiterer Punkt stellt die Nachfrage nach den Sicherheitsstandards bei der Arbeit vor Ort dar. IPON könne ausschließlich in den Gebieten aktiv sein, die offiziell (im Zweifel entsprechend der Position des Auswärtigen Amtes in Deutschland) als ‚sicher‘ ausgewiesen seien. Dies bliebe der Sicherheit der eigenen MitarbeiterInnen sowie ihrem Anspruch auf Nicht-Einmischung geschuldet.

Weiterhin wollte eine Person im Publikum wissen, welche Gruppen das Agrarreformgesetz umschließe. Daraufhin gab Jessielyn an, dass alle die Gruppen daran beteiligt seien, die beim Staat als indigene Gruppen mit Anspruch auf ihr Ahnenland registriert seien. Das Indigenengesetz umfasse zwar alle Ländereien, dennoch gebe es rechtlich klärungsbedarf, da das Agrarreformgesetz zumindest partiell in Konflikt mit dem IPRA-Gesetz stünde (Indigenous People Rights Act von 1997). Die darin artikulierten Ansprüche indigener Gruppen auf Land stünden juristisch über dem Agrarreformgesetz.

Dieses Gespräch zeigte schließlich eine Möglichkeit auf, wie sich (internationale) Zusammenarbeit gestalten kann. Zwar ist ein Ende der angespannten Lage der Landkonflikte nicht absehbar, doch zeigt IPON in Kooperation mit den Organisationen vor Ort, dass auch ein Kampf um die Menschenrechtslage aktiv unterstützt werden kann.

### *Summary*

Within the 13<sup>th</sup> ”talk with practitioners”, this time organized by SID Chapter Bonn in cooperation with IPON (International Peace Observer Network), the focus was put on the human rights situation in the Philippines. Four people were invited to share their (work) experiences in this country. After a short introduction given by a representative of the German NGO “Aktionsbündnis Menschenrechte Philippinen”, about the challenging situation of many people and human rights activists in the Philippines, two human rights defenders reported about their personal experiences. Both are affiliated to organizations (one active in Negros and the other one in Mindanao), each dealing with the difficult land reform and indigenous rights act. Their work aims at the support and reinforcement of those people once expropriated from their lands. Complementary, the NGO IPON presented its work. They try to bridge the gap between local activists and the state. As an international organization pointing at the state’s action, IPON aims to

back up the human rights defenders by personal presence, by collecting, documenting and publishing information about human-rights abuses. With these actions they provoke international and national pressure, aiming for a positive change of state politics.